

Region

Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung lässt

Biel Tausende Einwohner von Biel müssen ihre Aufenthaltsbewilligung mindestens alle zwei Jahre erneuern. Doch der neue Ausweis Das hat für die Betroffenen teils massive Auswirkungen auf das alltägliche Leben.

Mengia Spahr

Aktuell sind 5581 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Biel im Besitz einer Aufenthaltsbewilligung, die nur für ein bis zwei Jahre gültig ist. Sie muss also regelmässig erneuert werden. Doch genau hier hapert es: Die Betroffenen warten oft monatelang auf die Verlängerung, manche sind zwischenzeitlich in einer ähnlichen Situation wie Sans Papiers.

Läuft der Ausweis ab, erhalten Ausländer mit einer Aufenthaltsbewilligung vom Staatssekretariat für Migration (SEM) eine «Verfallsanzeige-Verlängerungsgesuch». Spätestens zwei Wochen vor Ablauf des Ausweises müssen sie das ausgefüllte Formular mit allen erforderlichen Unterlagen bei den Einwohner- und Spezialdiensten (ESD) der Stadt Biel einreichen.

Erschwerte Stellensuche

Die Tatsache, dass das SEM für die Bearbeitung des Gesuchs nur zwei Wochen berechnet, impliziert, dass es sich um einen einfachen Verwaltungsakt handle, sagt Martin Jenni, der seinen richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen will. Jenni ist aus beruflichen Gründen mit den Vorgängen bestens vertraut. Seine Ehefrau und deren Kinder verfügen über einen B-Ausweis.

«Seit wir vor einigen Jahren nach Biel zogen, haben wir für die Verlängerung jeweils innerhalb kurzer Zeit die vollständigen Unterlagen eingereicht», versichert er. So auch im Sommer 2020. Danach hätten die Frau und deren Kinder dreieinhalb Monate gewartet. Die Aufenthaltsbewilligung sei längst abgelaufen, als nach wiederholtem Nachfragen endlich die Verlängerung eingetroffen sei. Seine Stieftochter habe befürchtet, dass der Abschluss eines Lehrvertrags am Fehlen eines gültigen Ausweises scheitern könnte. Zwar kann man bei den ESD eine Bestätigung «hängiges Verfahren» anfordern, die bei einer Personenkontrolle hilft. Doch Jennis Ehefrau habe damit keine prepaid SIM-Karte kaufen können. Ausserdem kann man mit dem Dokument die Schweiz nicht verlassen.

Anne-Sophie Hirsbrunner, Co-Leiterin der Fachstelle Soziales der römisch-katholischen Kirche Biel, weiss aufgrund ihrer Arbeit mit Betroffenen, was es bedeuten kann, keinen gültigen Ausweis zu besitzen: «Es ist schwierig, eine Arbeitsstelle zu

finden oder einen Mietvertrag abzuschliessen, Arbeitsversprechen werden hinfällig, man kann kein Halbtax lösen und keine individuelle Prämienbewilligung beantragen – dabei hat man gemacht, was man soll», sagt sie.

Vier Jahre ohne Ausweis

«Sobald das Familienverhältnis wechselt oder sich die finanzielle Lage verändert, benötigen die Bieler Behörden für die Verlängerung von Ausweisen unglaublich viel Zeit», sagt Anwältin Laura Rossi. Ihr extremster Fall sei derjenige einer Frau, die 2016 mit ihrer Tochter vom Oberland nach Biel gezogen ist.

Ihre Aufenthaltsbewilligung sei im Dezember 2016 abgelaufen. Vergangenen Dezember sei die Frau wieder an Rossi gelangt. Die Anwältin stellte fest, dass die Aufenthaltsbewilligung noch immer nicht verlängert worden war. Die Betroffene habe mehrere provisorische Arbeitsstellen verloren, weil die Verlängerung während der Probezeit jeweils nicht eingetroffen sei. «Ich drohte den Behörden eine Rechtsverzögerungsbeschwerde an», sagt Rossi. «Der B-Ausweis wird entweder für ein oder zwei Jahre ausgestellt – da kann es doch nicht sein, dass das Verlängerungsverfahren während vier Jahren hängig ist.» Diese Situation wirke sich negativ auf die berufliche Integration aus – und ebendies könne letztlich einer Verlängerung der Bewilligung im Weg stehen. So hat man laut Rossi der betroffenen Frau in Aussicht gestellt, dass ihr Ausweis nicht verlängert wird, weil sie nicht arbeitet und deshalb die Voraussetzungen nicht erfüllt.

Kein Durchkommen

Auf ihrer Website schreiben die ESD, dass «Verzögerungen bei der Ausstellung und Verlängerung von Ausländerausweisen» auf die «aktuelle Situation im Zusammenhang mit dem Coronavirus» zurückzuführen seien. Doch wie Erfahrungsberichte zeigen, standen Verspätungen und Kommunikationshürden schon vor der Pandemie an der Tagesordnung.

«Es ist oft schwierig, jemanden zu erreichen, und die Antworten lassen auf sich warten», sagt Hirsbrunner. Jenni berichtet, dass die Telefondienste enorm schlecht erreichbar seien. Dabei handle es sich keineswegs um ein neues Phänomen: «In den Vorjahren musste ich jeweils

Manche stehen immer wieder in der Schlange, um mehr über ihr hängiges Gesuch zu erfahren.

SYMBOLBILD: PETER SAMUEL JAGGI/A

30-mal anrufen, bis ich überhaupt durchkam. 2020 war es überhaupt nicht mehr möglich», so Jenni. Hirsbrunner zufolge wissen die Gesuchstellenden grundsätzlich nicht, ob sie überhaupt alle benötigten Unterlagen eingereicht haben. Auf Nachfrage müssten sie oft mehrmals in Folge einzelne Dokumente nachreichen.

Auch Rossi bemängelt, dass der Migrationsdienst keine Empfangsbestätigungen verschickt, mittels derer er über den aktuellen Stand der Dinge informiert. Sie stelle fest, dass Eingaben manchmal irgendwo versickern. «Wenn sogar ich als Anwältin vertröstet werde, möchte ich mir nicht vorstellen, wie es für die Gesuchstellenden ist», fügt sie an.

Kafkaeske Erfahrungen

Ein solcher ist A. Mohamed. Seit September 2018 ist sein Antrag auf Familiennachzug hängig und

«Wenn sogar ich als Anwältin vertröstet werde, möchte ich mir nicht vorstellen, wie es für die Gesuchstellenden ist.»

Laura Rossi, Anwältin

seit verganginem Juni sein Antrag auf einen B-Ausweis. Der Sudaner erzählt, dass er immer wieder bei den ESD vorbeigegangen sei, um sich über den Stand der Bearbeitung zu erkundigen – und stets vertröstet worden sei. Drei- bis viermal habe er Dokumente nachliefern müssen, und immer sei etwas anderes gefordert worden.

Auch Sofia Seyoum hat eine kafkaeske Erfahrung mit den ESD gemacht. Im Spätherbst 2018 beantragte die Eritreerin für ihre Tochter Gelila eine Niederlassungsbewilligung. Darauf folgte das grosse Bangen. Mehrmals habe sie beim Migrationsdienst nachgefragt, ob sie weitere Dokumente einreichen müsse. Doch ihr sei nur gesagt worden, dass sie warten müsse. «Ich hatte Angst, dass sie mich vielleicht nicht richtig verstanden haben, weil mein Deutsch nicht so gut ist», sagt Seyoum. Deshalb habe sie sich an ver-

schiedene Organisationen gewandt. Diese hätten dem Migrationsdienst E-Mails geschrieben. Im Januar ist der Ausweis endlich eingetroffen. Eine Erklärung für die lange Wartezeit habe Seyoum nicht erhalten.

Zustände werfen Fragen auf

Bieler Politiker prangern die Situation bei den ESD an. In der Stadtratssitzung vom Oktober 2020 haben Parlamentarierinnen eine dringliche überparteiliche Interpellation eingereicht, mittels derer sie vom Gemeinderat Auskunft zu den «systematischen Verspätungen der ESD bei der Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen» verlangten. Erstunterzeichnende ist Anna Tanner. Die SP-Stadträtin ist auch Präsidentin des Dachverbands der sozialen Institutionen von Biel und Region (DSI). Sie erzählt, dass der Verband seit Jahren viele Rückmeldungen zu Problemen mit den ESD erhalte.



Lyss will das Parkieren besser regeln

Lyss Bei den Schulen, den Sportanlagen und im Zentrum sieht der Gemeinderat Lyss Verbesserungsbedarf bei den Parkplätzen. Im Herbst soll das angepasste Reglement vor den Grossen Gemeinderat.

Der Gemeinderat Lyss schickt die Anpassung des Parkplatzbewirtschaftungsreglements in die Vernehmlassung. Vor allem bei den Sportanlagen, den Schulanlagen und im Zentrumsbereich seien Anpassungen und präzisiertere Formulierungen erforderlich, wie der Gemeinderat mit-

teilte. Ziel sei es, die Anpassungen auf den nächsten 1. Januar in Kraft zu setzen.

Die Änderungen im Detail: Bei den Sport- und Freizeitanlagen wird eine neue Parkzone 3 vorgesehen, welche mit einem Gratisritt und moderaten Stundenpreisen nach wie vor attraktiv für die Nutzenden sei.

Parkieren bei den Schulen ist künftig während der Unterrichtszeiten wochentags von 7 bis 15 Uhr ausschliesslich für die Schulnutzung vorgesehen.

Im Zentrum schliesslich soll das Kurzzeitparkieren auf die

Bahnhofstrasse beschränkt werden. Die übrigen Strassenzüge im Zentrum werden vereinheitlicht. Auch darf das Fahrzeug künftig maximal 24 Stunden lang im Zentrum abgestellt werden.

Der Gemeinderat stützt seine Vorschläge auf die Erfahrungen aus den letzten Jahren mit der neu erstellten Parkierung «Aarepark».

Nach Auswertung der Stellungnahmen soll das Geschäft im September dem Grossen Gemeinderat präsentiert werden.

mt/maz

Roland Lutz kandidiert fürs Stadtpräsidium

Nidau SVP-Gemeinderat Roland Lutz will dafür sorgen, dass es bei den Wahlen im September eine «echte Auswahl» gibt. Er verweist auf seinen Leistungsausweis als Sozialvorsteher.

Nach bald acht Jahren im Gemeinderat als Vorsteher des Ressorts Soziales sei die Zeit reif für den nächsten Schritt: SVP-Gemeinderat und Parteipräsident Roland Lutz hat seine Kandidatur für das Nidauer Stadtpräsidium angekündigt. «Die SVP und auch ich persönlich möchten

mehr Verantwortung in Nidau übernehmen. Als zweitstärkste Nidauer Partei möchten wir der Bevölkerung bei den kommenden Wahlen vom 26. September 2021 eine echte Auswahl anbieten», so Lutz.

Unter seiner Leitung sei die Sozialhilfequote in Nidau 2015 erstmals seit Langem wieder in den einstelligen Bereich gesunken, betont Lutz. Die Organisation der sozialen Dienste sei gestrafft worden. Auch eine harte Gangart gegenüber «Sozialbezügern» habe zu diesem Ergebnis beigetragen.

Lutz betont, dass es ihm ein grosses Anliegen sei, den beruflichen Wiedereinstieg von Sozialhilfebezügern zu fördern. Man habe erfolgreich ein Praktika-Programm gestartet, wo Sozialhilfebezügern direkt bei lokalen Unternehmen eine Chance im ersten Arbeitsmarkt erhielten.

Die nächste Mitgliederversammlung der Nidauer SVP werde im Mai sämtliche Kandidaturen, auch jene für den Gemeinde- und Stadtrat, sowie auch ein neues Parteiprogramm diskutieren und absegnen. mt/maz

Monate auf sich warten

trifft oft erst ein, nachdem der alte abgelaufen ist.

«Gäbe es Verzögerungen bei der Ausstellung von Reisepässen, käme es zu Aufständen.»

Martin Jenni (Name geändert), Ehemann einer Betroffenen

tungen Betroffene die Bestätigung «hängiges Verfahren» erhalten, ohne sie beantragen zu müssen.

Beigelegt war der Motion ein offener Brief an den Gesamtgemeinderat, verfasst vom DSI und den Demokratischen Juristinnen und Juristen Bern (DJB). Für Letztere hat Rossi unterschrieben. «Es gibt einen verfassungsrechtlichen Anspruch darauf, dass ein Anliegen gegenüber Behörden innerhalb angemessener Fristen beurteilt wird», sagt sie. «Man könnte wahrscheinlich in jedem Fall, in dem es zu Verspätungen kommt, eine Beschwerde wegen Rechtsverzögerung einreichen.» Doch das generiere nur weitere Arbeit und verzögere die Fälle noch mehr. «Der Migrationsdienst könnte eine Bewilligung ja auch einfach mal ausstellen und die Punkte nennen, die im Folgejahr noch überprüft werden sollten – das wäre ein anderer Mechanismus», so Rossi. Die Anwältin betont, dass sie den ESD keine böse Absicht unterstelle. Es fehle wohl einfach an Ressourcen.

Auch Jenni sagt, er glaube nicht, dass es sich um eine gezielte Politik der Stadt handle. Er weist darauf hin, dass es vonseiten der Betroffenen wenig Druck gebe. Der Umstand, dass die Verspätungen Ausländer betreffen, trage wohl zu einer Verschleppung der Probleme bei. «Man stelle sich einmal vor, es gäbe Verzögerungen bei der Ausstellung von Reisepässen oder Identitätskarten – da käme es zu Aufständen.»

Mehraufwand und Ausfälle

Nebst Biel vollziehen im Kanton Bern einzig die Städte Bern und Thun selbst das Ausländergesetz. In allen anderen Gemeinden ist dies Sache des Kantons. Danach gefragt, welche Zeitspanne die Bearbeitung eines Verlängerungsgesuches für den B-Ausweis in der Regel in Anspruch nehme, schreibt die Leiterin des Migrationsdienstes der Stadt Thun, Karin Ochsenbein: «Sofern sämtliche Unterlagen vorliegen und keine weiteren Abklärungen nötig sind, ist eine Verlängerung innerhalb von rund zwei bis drei Wochen möglich.»

Alexander Ott, Co-Leiter des Polizeispektorats und Chef der Fremdenpolizei der Stadt Bern, schreibt auf Anfrage, dass einfache Geschäfte «innerhalb Tagesfrist erledigt» werden. Diese machten 80 Prozent des Volumens aus. Wenn Unterlagen ein-

gefordert werden müssten, dauere die Bearbeitung zwischen 5 und 20 Arbeitstagen. Bei sehr komplexen Sachverhalten, Negativentscheiden oder wenn Beschwerdewege eingeleitet würden, könne die Bearbeitung bis zu drei Monate und länger in Anspruch nehmen. In den Antworten des Bieler Gemeinderats auf die Interpellation steht, dass im Oktober 2020 in Bern auf jeden Mitarbeitenden des Migrationsdienstes 73 hängige Dossiers entfielen, während es in Biel 173 Dossiers waren.

Auch wenn die Arbeiten und Prozesse anders aufgeteilt sind und deshalb die Migrationsdienste der Städte nicht direkt verglichen werden können, wird augenscheinlich, dass Bern über mehr personelle Ressourcen verfügt als Biel. Gemäss André Glauser, Leiter Abteilung Öffentliche Sicherheit der Stadt Biel, wird «der Umfang der vorhandenen Personalressourcen von der Stadt festgelegt und sollte dem Umfang der zu be-

«Ja, es gibt im Bereich Migration ein Ressourcenproblem.»

Beat Feurer, Direktor Soziales und Sicherheit

wältigenden Arbeitslast entsprechen.» Glauser räumt denn auch ein, dass dies in Biel «derzeit nicht der Fall ist».

Problem bekannt

«Ja, es gibt im Bereich Migration ein Ressourcenproblem», sagt Beat Feurer, Direktor Soziales und Sicherheit und damit zuständig für das Einwohneramt. Der SVP-Gemeinderat weist darauf hin, dass die Migrationsbehörden seit der 2019 eingeführten revidierten eidgenössischen Ausländergesetzgebung einen enormen Mehraufwand bewältigen müssen. So müssten etwa die Niederlassungsbewilligungen von 800 in Biel lebenden Personen, die sich seit über 15 Jahren in der Schweiz aufhalten und Sozialhilfe beziehen, neu überprüft werden.

In Bern sind infolge der Gesetzesänderungen zusätzliche Stellen geschaffen worden. Biel habe vorerst von einer solchen Massnahme abgesehen, sagt Feurer. Einerseits, weil die personellen Ressourcen bereits 2017 aufgestockt worden waren. Andererseits habe man 2019 einen Digitalisierungsschritt gemacht und gehofft, durch die Beschleunigung der Prozesse den Mehraufwand auffangen zu können.

Sofortmassnahmen ergriffen

«Es stellte sich aber heraus, dass dies nicht möglich ist», so Feurer. «Wir benötigten in Biel 300 zusätzliche Stellenprozente, damit wir auf dieselbe Datierung wie Bern kommen», sagt er weiter. Dass es einen Handlungsbedarf gebe, habe sich bereits 2019 abgezeichnet. Zu den Gesetzesänderungen seien zahlreiche unerwartete personelle Ausfälle gekommen, weshalb sich die Situation verschärft habe. Darauf angesprochen, weshalb man nichts unternommen habe, bevor Parlamentarierinnen einen Vorstoss eingereicht haben, sagt Feurer: «Wir haben bereits im letzten Jahr über Sofortmassnahmen diskutiert und ab dem 1. Januar provisorisch 2,7 zusätzliche Stellen geschaffen.» Seither habe sich die Lage stabilisiert – die Anzahl zu bearbeitender Dossiers nehme nicht mehr zu. Nach seinen Informationen können 60 Prozent der Ausweisverlängerungen rechtzeitig ausgestellt werden.

Laut Feurer bearbeitet der Migrationsdienst lediglich vollständige Gesuche. Viele Anfragen blieben unvollständig und versandeten. «Wir verschicken keine Erinnerungen, schliesslich wollen die Geschsteller etwas von uns und nicht umgekehrt», stellt Feurer klar. Den Vorwurf, dass der Migrationsdienst sehr schwer zu erreichen sei, kennt er. «Auch ich ärgere mich immer wieder darüber, dass man telefonisch nicht durchkommt.» Doch als letztes Jahr die Anzahl hängiger Dossiers in die Höhe schnellte, habe man als Sofortmassnahme die Erreichbarkeit eingeschränkt. «Die Sachbearbeitenden sollen fixe Dossierzeiten haben, in denen sie nicht durch Anrufe abgelenkt werden», so Feurer.

Der Gemeinderatsbeschluss zu einer dauerhaften Erhöhung der personellen Ressourcen steht noch aus. Das Geschäft wird in den nächsten zwei Monaten behandelt.

Die lieben, nervigen Nachbarn



Hannah Frei
Redaktorin Region

In Sachen Lockerungen spürt man zurzeit (noch) herzlich wenig. Es fühlt sich nach Stillstand an. Stillstand ist mühsam. Stillstand ist nichts. Nichts befriedigt nicht. Deshalb habe ich mir, genauso wie die meisten in meinem Umfeld, kleine Inseln erschaffen, um aus dem getakteten Alltag auszubrechen. Wieder einmal Freunde zum Essen einladen, im

Coronablog



Die BT-Crew berichtet in unregelmässigen Abständen von persönlichen Begegnungen, Erlebnissen und Beobachtungen während der Coronapandemie.

Garten mit einer Arbeitskollegin einen Kaffee trinken, eine Joggingrunde mit meinen lieben Nachbarn starten. Doch immer schwingt sie mit, die Angst, jemanden anzustecken oder in Quarantäne zu müssen.

Meine Inseln haben sich wie von selbst hierarchisch eingeordnet. Da gibt es den innersten Kreis, zu dem gezwungenermassen meine Nachbarn gehören. Sie sind das Minimum, auf das ich meine Kontakte reduziere, wenn der Bundesrat wieder einmal schreit. Glücklicherweise sind die Nachbarn ganz nett, auch wenn sie regelmässig unangemeldet in Trainerhosen aufkreuzen, vermutlich weil sie denken, sie dürften sich bei mir wie zuhause fühlen. Um das klarzustellen: Das hab ich nie gesagt. Trotzdem freue ich mich jedes Mal, wenn sie vor meiner Haustür stehen. Und sie haben zuhause eine Klimmzugstange. Eine von denen, an die man sich jedes Mal hängt, wenn man daran vorbeigeht. Ich kann mittlerweile fast zwei Klimmzüge machen, also richtige, nicht die mickrigen, wie sie von den Posern im Fitnessstudio gerne präsentiert werden. Das habe ich meinen Nachbarn zu verdanken.

Zum inneren Kreis gehört die Familie, ebenfalls gezwungenermassen. Mit ihr gehe ich etwas vorsichtiger um als mit den Nachbarn, etwa, indem ich Abstand wahre. Gut, dass ich auch sie mag. Dann kommen die besten Freundinnen und Freunde. Und dann kommen die guten Freunde, die man ohnehin nicht jede Woche sieht, aber umso mehr vermisst.

Und dann sind da noch diejenigen, die man praktisch nie sieht, vielleicht einmal pro Jahr, vielleicht sogar nur per Zufall, an die man in der Pandemie aber trotzdem regelmässig denkt. Die Herzensmenschen. Und zuletzt bleiben noch die, die man vor der Pandemie zwar regelmässig gesehen hat, in einer Bar, in einem Club, die einem aber kaum fehlen. Wer einem wirklich wichtig ist, zeigt sich in der Pandemie wie von selbst. Eine natürliche Selektion. An dieser Stelle: Danke, liebe Nachbarn, dass ihr immer da seid.

hfrei@bielertagblatt.ch

Die Schilderungen von diversen Fachleuten zeugten von Management- und Ressourcenproblemen.

Fragen werfen die Verspätungen bei den ESD nicht nur bei Politikern aus dem linken Lager auf. Mit Sandra Gurtner-Oesch (GLP) und Natasha Pittet (PRR) haben auch zwei Mitte-Rechts-Politikerinnen die Interpellation unterzeichnet. Es sei nicht der erste Vorstoss, der die ESD betrifft, den sie unterstütze, sagt Pittet. «Ich weiss von Anwaltskollegen, dass es diese Verspätungen gibt und Betroffene etwa keine kranken Familienangehörigen im Ausland besuchen können», führt sie aus. Es sei ihr ein Anliegen, dass die städtischen Dienste für alle gut funktionierten – auch für die ausländische Bevölkerung.

Politische Forderungen

Mit der Beantwortung der Interpellation zeigten sich die Unter-

zeichnenden nicht befriedigt, da der Gemeinderat «keine konkreten Informationen über die Verspätungen und rechtzeitig erteilte Verlängerungen» gab. Auf die Frage, wie viele Personen in einem bestimmten Monat die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung vor Ablauf des Ausweises erhalten haben, schreibt er etwa: «Die gewünschte Zahl konnte in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit nicht eruiert werden, ohne dass ein unverhältnismässig hoher Arbeitsaufwand hätte betrieben werden müssen.»

Im Februar reichten die Unterzeichnenden der Interpellation deshalb eine dringliche Motion ein. Sie verlangen unter anderem, dass die ESD eine Übersicht über die Verlängerungsgesuche von Aufenthaltsbewilligungen führt und Sofortmassnahmen für eine fristgerechte Behandlung der Gesuche ergreift. Auch sollten von Verspät-

lig. Die Eltern können entscheiden, ob ihre Kinder getestet werden sollen oder nicht. Mit den Massentests sollen asymptomatische Infizierte frühzeitig erkannt werden. *mt*

LIGERZ

Ligerz-Schwimmen ist abgesagt

Das traditionelle Insel-Ligerz-Schwimmen findet 2021 nicht statt. Die Verantwortlichen mussten wie bereits im vergangenen Jahr zum Schluss gelangen, dass die Veranstaltung nicht in einer Form organisier- und durchführbar wäre, welche die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen gewährleisten könnte. *mt*

Nachrichten

LENGNAU/SEEDORF

Massentests an Schulen

In den Gemeinden Lengnau und Seedorf werden nach den Frühlingferien wöchentlich Massentests an Schulen durchgeführt. Es handelt sich dabei um PCR-Spucktests, die als Pool getestet werden. Dabei geben die Kinder Spuckproben ab, die anschliessend in Gruppen von 10 bis 15 Proben ausgewertet werden. Erst wenn in einem solchen Pool Coronaerreger entdeckt werden, müssen die Kinder des betroffenen Pools einzeln getestet werden. Die Tests sind freiwillig.

Dürrenmatt-Weg war zu gefährlich geplant

Ligerz Lediglich eine kleine Anpassung ist noch nötig gewesen: Der Erteilung der Baubewilligung für den «Themenweg Dürrenmatt» über dem Bielersee steht nichts mehr im Wege.

Dass Friedrich Dürrenmatt an die 40 Jahre lang hoch über Neuenburg gelebt hat, wissen viele – dass er mit seiner Familie auch vier Jahre oberhalb von Ligerz gewohnt hat, weit weniger. Das könnte sich ändern: Über dem Bielersee realisieren Tourismus Biel Seeland und Jura bernois

Tourisme in diesem Jahr einen «Themenweg Dürrenmatt».

Streckenführung und Konzept stehen laut Sabine Gasser, Projektleiterin Produktentwicklung der zwei Partnerorganisationen, nun fest: Der Weg führt auf bestehenden Wanderwegen von Prêles nach Ligerz und ist etwa fünf Kilometer lang. Ausgeschildert ist er mit Tafeln, auf denen Kakadu Lulu, Dürrenmatts Vogel, prangt. An 13 interaktiven Posten lernt man je eine Facette des Autors kennen. Die Inhalte auf Deutsch und Französisch richten sich an ein breites Publikum ab

zwölf Jahren. Durch QR-Codes sind zudem Anekdoten abrufbar.

Wegen eines negativen Fachberichts hat das Regierungsratsamt Biel die Baubewilligung noch nicht erteilt. Gasser: «Für einen der Posten musste ein anderer Standort gefunden werden, weil sich der ursprünglich vorgesehene in einer Naturgefahrenzone befindet.» Inzwischen habe man aber eine Lösung gefunden. Wer Dürrenmatts bitterbösen Humor kennt, ahnt, dass er aus dramaturgischen Gründen für die Beibehaltung des ursprünglichen Standorts gewesen wäre ... *bk*